
SVP Kanton Solothurn

Departement für Bildung, Kultur und Sport

Regierungsrat Matthias Stricker

Departementssekretariat

Kreuzackerstrasse 1

4502 Solothurn

03.08.2026

Vernehmlassung zur Teilrevision Volksschulgesetz: Eltern oder Erziehungsberechtigte finanzieren von ihnen verursachte Deutschkurse in der Volksschule

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

In vorgenannter Sache nehmen wir Bezug auf Ihr Schreiben vom 26. Mai 2026 und danken Ihnen für die Gelegenheit, nachfolgend unsere Stellungnahme abgeben zu dürfen.

1. Grundsätzliche Bemerkungen

Der Kantonsrat hat den Auftrag «Dr Chindsgi red dütsch!» am 13. November 2024 für erheblich erklärt. Damit hat das Parlament dem Regierungsrat den klaren politischen Auftrag erteilt, Lösungen zu erarbeiten, damit sichergestellt werden kann, dass Kinder beim Schuleintritt über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen und die Eltern für ihre Verantwortung konsequent in die Pflicht genommen werden.

Für die SVP Kanton Solothurn ist unbestritten, dass Kinder, welche in der Deutschschweiz aufwachsen, beim Eintritt in den Kindergarten beziehungsweise spätestens beim Schuleintritt über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen müssen. Es gilt der Grundsatz: Sprache ist die Grundlage für erfolgreiche Integration, Bildungserfolg und gesellschaftliche Teilhabe. Wer die Unterrichtssprache nicht beherrscht, startet mit erheblichen Nachteilen ins Schulleben und verursacht zusätzlichen Förderaufwand zulasten der Steuerzahler. Ebenso klar ist für die SVP Kanton Solothurn, dass diese Verantwortung in erster Linie bei den Erziehungsberechtigten liegt. Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, diese grundlegenden Versäumnisse im Elternhaus zu korrigieren. Der Kantonsrat hat mit der Erheblicherklärung des Auftrags, den die SVP-Fraktion stets unterstützt hat, bewusst ein politisches Signal ausgesendet und zum Ausdruck gebracht, dass die bestehenden Instrumente nicht genügen und die Verantwortung der Eltern gestärkt werden muss. Diesen Punkt gilt es bei der Umsetzung zu berücksichtigen.

2. Kritikpunkte

Die SVP Kanton Solothurn beurteilt folgende Eckpunkte der Vorlage kritisch:

2.1. Widersprüchliche Haltung des Regierungsrates und fehlende Lösungsorientierung

Die SVP Kanton Solothurn stellt mit Befremden fest, dass die Botschaft einerseits ausdrücklich festhält, dass eine Kostenbeteiligung der Eltern an obligatorischen Sprachfördermassnahmen nach Auffassung des Regierungsrates gegen die Bundesverfassung verstosse und aufgrund der bundesgerichtlichen Rechtsprechung mit hoher Wahrscheinlichkeit aufgehoben würde. Andererseits enthält der Gesetzesentwurf genau jene Bestimmungen, welche nach eigener Einschätzung des Regierungsrates verfassungswidrig sein sollen.

Der Regierungsrat beschränkt sich in den Ausführungen im Begleitbericht darauf, auf die mutmassliche Verfassungswidrigkeit der vorgeschlagenen Kostenbeteiligung hinzuweisen. Der Kantonsrat hat den Auftrag in Kenntnis dieser Rahmenbedingungen für erheblich erklärt. Gerade weil die bundesgerichtliche Rechtsprechung bekannt ist, hätte er jedoch alternative und rechtlich tragfähige Lösungen aufzeigen müssen. Erwartet wurden deshalb umsetzbare Vorschläge zur stärkeren Inpflichtnahme der Eltern – nicht in erster Linie eine Begründung, weshalb eine bestimmte Lösung nicht möglich sein soll. Die SVP Kanton Solothurn erwartet vom Regierungsrat mehr Gestaltungswillen und Lösungsorientierung. Ausserdem soll sich der Regierungsrat auf den übergeordneten Staatsebenen (EDK, eidgenössische Räte, Bundesrat etc.) aktiv dafür einsetzen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen angepasst werden, um künftig eine Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten zu ermöglichen.

Der Regierungsrat soll rechtlich tragfähige Wege aufzeigen und nicht nur begründen, weshalb eine Umsetzung des überwiesenen Auftrags «Dr Chindsgi red dütsch!» scheitern könnte.

2.2. Frühe Sprachförderung auch über Sozialgesetz steuern

Der Regierungsrat weist selbst darauf hin, dass mit der Revision des Sozialgesetzes bereits Instrumente der frühen Sprachförderung geschaffen wurden. Dazu gehören insbesondere die Sprachstanderhebung sowie die Möglichkeit eines selektiven Besuchsobligatoriums. Aus Sicht der SVP Kanton Solothurn ist genau hier anzusetzen. Der Regierungsrat soll aufzeigen, wie die bestehenden Instrumente weiterentwickelt und verbindlicher ausgestaltet werden können, damit die Erziehungsberechtigten ihre Verantwortung bereits vor dem Schuleintritt konsequent wahrnehmen. Insbesondere sind verbindliche Mitwirkungspflichten, Besuchsobligationen sowie weitere geeignete Massnahmen und Auflagen im Sozialgesetz zu schaffen. Die Sprachkompetenz der Kinder vor dem Schuleintritt soll verbessert und dabei das Verursacherprinzip konsequent zur Anwendung gebracht werden. Soweit rechtlich möglich, sind Verantwortung und finanzielle Folgen bei den Erziehungsberechtigten zu belassen und nicht auf die Allgemeinheit zu überwälzen.

Der Regierungsrat soll entsprechende, rechtlich tragfähige Vorschläge im Sozialgesetz schaffen.

2.3. Erziehungsberechtigte in die Verantwortung nehmen – nicht den Steuerzahler

Die SVP Kanton Solothurn lehnt es ab, dass die Allgemeinheit beziehungsweise die Steuerzahler für Defizite aufkommen müssen, welche auf eine ungenügende Wahrnehmung der elterlichen Verantwortung zurückzuführen sind. Wer seine Kinder in der deutschsprachigen Schweiz aufwachsen lässt, trägt die Verantwortung dafür, dass diese bis zum Schuleintritt ausreichende Deutschkenntnisse erwerben. Diese Verantwortung muss konsequent eingefordert werden.

Der Regierungsrat unterbreitet konkrete Vorschläge, wie die Erziehungsberechtigten verbindlich in die Pflicht genommen werden können, ohne dass die finanziellen Folgen auf die Allgemeinheit überwält werden.

2.4. Ablehnung der vorgeschlagenen DKS-Lösung

Die vorgeschlagenen Deutschkurse für fehlende Sprachkompetenzen (DKS) überzeugen aus Sicht der SVP Kanton Solothurn nicht. Sie setzen erst dann an, wenn die sprachlichen Defizite bereits vorhanden sind und der zusätzliche Förderbedarf entstanden ist. Damit wird erneut nur eine staatliche Reparaturmassnahme geschaffen, anstatt die Ursachen des Problems an der Wurzel anzugehen. Die SVP Kanton Solothurn bezweifelt zudem, dass mit der Schaffung einer neuen Förderkategorie ein wesentlicher Mehrwert erzielt wird. Vielmehr drohen zusätzliche Bürokratie, neue Abgrenzungsfragen und weitere unnötige Kosten. Besonders fragwürdig erscheint die Schaffung eines neuen Angebots, dessen Finanzierung gemäss den Ausführungen des Regierungsrates gerade nicht in der vorgesehenen Form durchgesetzt werden kann. Es besteht die Gefahr, dass neue Strukturen aufgebaut werden, ohne dass damit das eigentliche politische Ziel erreicht wird. Der Fokus muss auf der Vermeidung von sprachlichen Defiziten liegen und nicht auf deren nachträglicher Verwaltung. Andernfalls wird das eigentliche Ziel des parlamentarischen Auftrags verfehlt.

Auf die vorgeschlagene DKS-Lösung ist zu verzichten.

3. Schlussfolgerung

Die SVP Kanton Solothurn unterstützt weiterhin den vom Kantonsrat erheblich erklärten Auftrag. Die vorliegende Vorlage trägt dem Auftrag jedoch nicht hinreichend Rechnung. Anstatt tragfähige Lösungen aufzuzeigen, legt der Regierungsrat auf weiten Strecken dar, weshalb die Umsetzung seiner Auffassung nach nicht möglich sei. Dies entspricht nicht dem Auftrag des Kantonsrates. Der Regierungsrat ist gefordert, rechtlich tragfähige Wege aufzuzeigen und nicht primär zu begründen, weshalb eine Umsetzung scheitern könnte.

Die SVP Kanton Solothurn erwartet, dass der Regierungsrat die Vorlage nochmals grundlegend überarbeitet. Eine überarbeitete Vorlage soll insbesondere die folgenden Eckpunkte berücksichtigen:

1. Die Erziehungsberechtigte müssen wirksam in die Verantwortung genommen werden;
2. neben Änderungen am Volksschulgesetz sind ausdrücklich auch Anpassungen des Sozialgesetzes zu prüfen;
3. es ist sicherzustellen, dass die finanziellen Folgen nicht auf die Allgemeinheit beziehungsweise die Steuerzahler überwälzt werden;
4. der Regierungsrat soll eine rechtlich tragfähige und dauerhaft umsetzbare Lösung vorlegen, welche dem politischen Auftrag des Kantonsrates besser gerecht wird.

Das Ziel der Vorlage muss eine wirksame und konsequente Regelung sein, welche die Erziehungsberechtigten in die Verantwortung nimmt, die frühe Sprachförderung stärkt und zusätzliche Belastungen der Steuerzahlenden verhindert.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse
SVP Kanton Solothurn

Nationalrat Rémy Wyssmann
Kantonalpräsident

Kantonsrat Beat Künzli
Vizepräsident / Mitglied BIKUKO